



Teurer Fehler

Die Landesregierung hat im Februar die **Erhöhung der Kosten** für den Bau der **Umfahrung Kiens** genehmigt. Das Team K nimmt das zum Anlass, um nachzufragen, wer dafür verantwortlich ist.



Außerdem stellt sie auch die Frage, ob eine Mitverantwortung der Gemeinde“ für die Zusatzkosten überprüft wird oder ob diese die Kosten vielleicht sogar gänzlich übernehmen muss.

Umfahrung Kiens: Anfrage des Team K

von Markus Rufin

Laut Plan soll die Umfahrung Kiens noch innerhalb dieses Jahres fertiggestellt werden. Viele Kiener sehnen die Fertigstellung herbei. Doch voraussichtlich dürfte die Umfahrung auch nach der Realisierung weiter Thema sein.

Denn 2022 musste durch einen genehmigten Hotelbau die Trasse abgeändert werden. Erst im Februar hat die Landesregierung die Kostenerhöhung genehmigt. Durch die Verlängerung des Tunnels im Osten um 135 Meter kostet das Projekt rund 5,7 Millionen Euro mehr.

Diese Kostenerhöhung nimmt das Team K zum Anlass, um erneut der Schuldfrage nachzugehen. Denn nach wie vor ist ungeklärt, wie es dazu kommen konnte, dass der Hotelbau genehmigt wurde, obwohl zeitgleich die Tunneltrasse auf dem Grundstück geplant war. Zur Erinnerung: Land und Gemeinde schoben sich die Schuld gegenseitig in die Schuhe. In der Anfrage zitiert Einbringerin Maria Elisabeth Rieder vorangegangene Anfragen, in denen Landesrat Alfreider antwortet: „Die Gemeinde genehmigte den Bau von drei Gebäuden nach der



Maria Elisabeth Rieder

Genehmigung der Tunneltrasse. Die Genehmigungen wurden nach Genehmigung der Änderung des Bauleitplanes der Gemeinde Kiens erteilt.“ Zudem verweist sie auf weitere Dokumente, die belegen könnten, dass die Gemeinde den Bau trotz klarer Kommunikation von Seiten des Landes genehmigte: „Tatsache ist, dass die Gemeindeverwaltung von Kiens im Jahre 2020 die Errichtung einer Wohnbauzone im Osten von Kiens sowie den Abbruch, Wiederaufbau bzw. die Erweiterung eines Hotels im Westen von Kiens genehmigte. Beide Projekte liegen zum Teil

oberhalb der im Jänner 2019 von der Landesregierung genehmigten Tunnelstraße. Obwohl im Frühjahr 2020 das Straßenbauamt in einem Brief an die Gemeinde mitteilte, dass mit dem Bau der Wohngebäude erst nach Fertigstellung des darunterliegenden Umfahrungstunnels begonnen werden kann, erteilte die Gemeinde die Baugenehmigung für die beiden Wohnprojekte.“ Noch gravierender ist aber das Hotelprojekt, das sich teilweise direkt über dem Tunnel befindet: „Die Erdschicht zwischen dem Fundament des Neubaus und des ‚Daches‘ des Tunnels ist gerade zehn Meter dick, daher müssen, um die Stabilität des Tunnels zu garantieren, sicherlich zusätzliche Sicherungsarbeiten durchgeführt werden.“

In der Anfrage erkundigt sich Rieder nicht nur nach dem aktuellen Stand der Dinge sondern möchte auch klären, wie genau die Zusatzkosten zustande kamen und ob es von Seiten des Landes eine klare Kommunikation gab. Außerdem stellt sie auch die Frage, ob eine Mitverantwortung der Gemeinde“ für die Zusatzkosten überprüft wird oder ob diese die Kosten vielleicht sogar gänzlich übernehmen muss. Die Antworten darauf könnten weiteren Aufschluss darüber geben, wer für das Malheur verantwortlich ist. Aber auch so hält Rieder die Kostenerhöhung für einen Fall für den Rechnungshof. Bereits 2022 hat das Team K eine Eingabe dazu eingereicht.